

TRADE NEWS

Von der Wirtschaft für die Wirtschaft –
Schlaglichter der Handelspolitik



Herausgegeben vom DIHK | Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V.

Breite Straße 29 | 10178 Berlin-Mitte | Telefon 030 20308-0 | Fax 030-20308-1000
Redaktion: Klemens Kober | E-Mail: kober.klemens@dihk.de | www.dihk.de

DIHK-Trade-News

Update	2
EU-Konsultation Ursprungsrechner bis zum 31. Juli 2018	2
EU beschließt Ausgleichszölle auf ausgewählte US-Waren	2
Weltweite Reaktionen auf US-Strafzölle	2
EU-Armenien Abkommen tritt vorläufig in Kraft.....	3
Startschuss für EU-Australien und EU-Neuseeland Verhandlungen	3
33. Verhandlungsrunde EU-Mercosur/Dritte Verhandlungsrunde EU-Chile FTA	3
Zweite Verhandlungsrunde EU-Tunesien FTA	4
Österreich ratifiziert CETA.....	4
EU-Reform der handelspolitischen Schutzinstrumente	4
Ratsposition zur Überprüfung von ausländischen Direktinvestitionen	4
Handelspolitik Norwegens, Guineas und Mauretaniens auf dem Prüfstand	4
WTO-Klage der EU gegen China	5
Brexit: UK will Mitglied des WTO-Beschaffungsabkommens werden.....	5
Ressourcen	5
DIHK-Factsheet zum Russlandgeschäft	5
EU-Studie zu Nutzungsraten der EU-Freihandelsabkommen	5
EU-Studie zur Liberalisierung von Modus 5 Dienstleistungen.....	5
Rat veröffentlicht Verhandlungsmandate für EU-Australien/EU-Neuseeland Abkommen	6
EU-Botschafter reagieren mit offenem Brief an USA	6
Übersicht des EP-Thinktanks: Modernisierung der handelspolitischen Schutzinstrumente	6
Bundesregierung: Verhandlungen über Mercosur-Abkommen	6
Bundesregierung: Investitionsbedingungen in China verschlechtern sich.....	6
RGIT Corner – News aus Washington	7
Untersuchung der Auswirkungen von Automobilimporten auf die nationale Sicherheit	7
USA planen Zölle auf 50 Mrd. US\$ chinesischer Produkte	7
Reform der US-Investitionsprüfung schreitet voran	7
US- Anti-Dumpingzölle auf Aluminiumbleche aus China.....	8
Negative Auswirkungen neuer Zölle	8
Wirtschaftsminister Ross verteidigt Section 232-Untersuchungen im Senat	8
Spotlight NAFTA.....	9
Asia Corner – News aus Singapur	10
Japan ratifiziert CPTPP	10
CPTPP: Neue Mitglieder	10
Israel-Vietnam Freihandelsabkommen	10
Singapur und Kenia unterzeichnen Abkommen.....	10

Update

EU-Konsultation Ursprungsrechner bis zum 31. Juli 2018

Bereits seit geraumer Zeit setzt sich der DIHK zusammen mit Eurochambres für einen web-basierten Ursprungsrechner (Rules of Origin Calculator) ein, um Unternehmen bei der Berechnung des präferenziellen Ursprungs zu unterstützen. Damit sollen Betriebe möglichst einfach feststellen können, ob ihre Ware die Voraussetzung zur Inanspruchnahme von Zollvorteilen im Rahmen von Freihandelsabkommen erfüllt. Nach einem DIHK-Arbeitsgespräch mit IHK- und Unternehmensvertretern Anfang Mai hat nun die EU-Kommission am 31. Mai 2018 eine öffentliche Konsultation zum Thema Ursprungsrechner gestartet. Bis zum 31. Juli 2018 sind alle Unternehmen eingeladen, daran teilzunehmen. Die Konsultation einschließlich einer Testversion zum Ursprungsrechner ist so angelegt, dass die Antworten anonym und direkt an die EU-Kommission weitergeleitet werden: <http://madb.europa.eu/madb/index-Publi.htm>. Die Entwicklung des Ursprungsrechners erfolgt im Zusammenhang mit dem Ziel der EU-Kommission, die Nutzungsraten von EU-Handelsabkommen durch Unternehmen zu steigern. Zuvor hatte die EU-Kommission Ende 2017 in einem ersten Implementierungsbericht zu den EU- Handelsabkommen die DIHK-Forderung zur Steigerung der Nutzungsraten als Priorität benannt. *Hinweis: Wenn Sie die Konsultation starten, können Sie unter dem Reiter „Try the Mock-up!“ den Ursprungsrechner in der Beta-Version testen.*

EU beschließt Ausgleichszölle auf ausgewählte US-Waren

Die europäische Kommission hat am 20.06.2018 die [Verordnung zur Einführung von Ausgleichsmaßnahmen](#) verabschiedet. Die Liste mit entsprechenden Produkten wurde nach öffentlicher Konsultation bereits im Vorfeld der WTO vorgelegt. Die Zölle sind seit dem 22.06.2018 wirksam und eine Reaktion auf die Einführung von US-Strafzöllen auf Stahl und Aluminium. WTO-Schutzmaßnahmen ermöglichen einen Ausgleich in Höhe des Schadens, der durch die US-Zölle verursacht wurde. Dieser betrifft EU-Ausfuhren in Höhe von 6,4 Mrd. Euro (2017). Während die neuen Ausgleichszölle bereits auf US-Erzeugnisse im Wert von 2,7 Mrd. Euro abzielen, soll eine Neugewichtung der restlichen 3,6 Mrd. Euro in drei Jahren bzw. nach positivem Ergebnis der WTO-Streitbeilegung erfolgen. Die Einführung der Ausgleichszölle ist ein Teil der geplanten dreigliedrigen Reaktion auf die neue US-Handelspolitik. Weitere Schritte beinhalten ein Verfahren gegen die USA in der WTO, welches am 01.06.2018 eingeleitet wurde, sowie eine mögliche Einführung von Schutzmaßnahmen, um den europäischen Markt vor Störungen durch die Umleitung von Stahl vom US-Markt zu schützen. Ob Letzteres notwendig ist, evaluiert die EU-Kommission innerhalb der nächsten Monate. Zudem hat die Kommission ein Überwachungssystem für Aluminiumimporte eingerichtet.

Weltweite Reaktionen auf US-Strafzölle

Die Europäische Union und Kanada haben am 06.06.2018 ein [Streitbeilegungsverfahren](#) bei der WTO gegen die US-Strafzölle auf Stahl und Aluminium eingeleitet. Beide WTO-Mitgliedsstaaten berufen sich hierbei auf das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen (GATT) und

das Einkommen über Schutzmaßnahmen. Solange Strafzölle bestehen, kündigte Mexiko [Re-torsionsmaßnahmen](#) in ähnlichem Umfang an. Davon betroffen sind unter anderem Stahl, Lampen, Schweinefleisch, Aufschnitt, Äpfel, Trauben, Blaubeeren und Käse aus den USA. Nach Mexiko, Kanada und Indien hat auch Norwegen [Konsultationen](#) bezüglich der US-Strafzölle bei der WTO beantragt. Dies ist der erste Schritt des WTO Streitbeilegungsverfahrens. [WTO-Vizechef Karl Brauner](#) bestätigte in einem Presseinterview, dass die von den USA verhängten Zölle auf Stahl und Aluminium rechtswidrig seien. Er räumt allerdings ein, dass das offizielle Urteil der WTO noch zwei Jahre auf sich warten lassen könne. Grund dafür sei, dass die USA die Besetzung von Richterstellen bei der WTO blockiere und so das Berufungsverfahren deutlich länger andauere.

EU-Armenien Abkommen tritt vorläufig in Kraft

Seit dem 01.06.2018 ist das EU-Armenia [Comprehensive and Enhanced Partnership Agreement](#) provisorisch in Kraft. Dieses wurde am 24.11.2017 anlässlich [des Eastern Partnership Summit](#) in Brüssel von Hohen Vertreterin und Vizepräsidentin Federica Mogherini und dem armenischen Außenminister Edward Nalbandian unterzeichnet. Das Abkommen beinhaltet politische, handelsbezogene und andere sektorspezifische Aspekte. Momentan befindet sich das Abkommen im Ratifizierungsprozess durch die EU-Mitgliedsstaaten. Armenien hat dem Abkommen schon zugestimmt.

Startschuss für EU-Australien und EU-Neuseeland Verhandlungen

Der europäische Rat hat am 22.05.2018 die EU-Kommission autorisiert, Freihandelsabkommen mit Australien und Neuseeland zu verhandeln. EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström hat mit Australiens Premierminister Malcolm Turnbull und Handelsminister Steven Ciobo [offiziell Verhandlungen um ein umfassendes Handelsabkommen](#) aufgenommen. Die Gespräche wurden am 18.06.2018 im australischen Canberra geführt. Die erste Gesprächsrunde soll vom 02.07.2018 bis 06.07.2018 in Brüssel stattfinden. [Erste Gespräche](#) bezüglich des geplanten Handelsabkommens zwischen der EU und Neuseeland wurden am 21.06.2018 von EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström und dem neuseeländischen Handelsminister David Parker in Wellington geführt. Die erste offizielle Gesprächsrunde ist vom 16.07. bis 20.07.2018 in Brüssel geplant.

33. Verhandlungsrunde EU-Mercosur/Dritte Verhandlungsrunde EU-Chile FTA

[Vertreter der EU und Mercosur-Staaten](#) haben sich vom 04. Juni bis 08. Juni 2018 in Montevideo, Uruguay, für die 33. Runde der Freihandelsverhandlungen getroffen. Im Laufe der Gespräche konnten Verhandlungsfortschritte im Bereich Dienstleistungen verzeichnet werden. Insbesondere in den Bereichen Autos, Autoteile, geographische Herkunftsbezeichnungen, maritimer Transport und im Handel von Milchprodukten stehen nötige Fortschritte noch aus. Vertreter der EU und Chile haben sich vom 28.05. bis 01.06.2018 für die [dritte Runde der Verhandlungen](#) um ein neues, modernisiertes Handelsabkommen in Brüssel getroffen. Die EU hat Textvorschläge über Gesundheits- und Pflanzenschutzmaßnahmen, Geschlechtergleichstellung und Gleichstellung im Handel, Handel und nachhaltige Entwicklung vorge-schlagen.

Zweite Verhandlungsrunde EU-Tunesien FTA

Vom 28. bis 31.05.2018 trafen sich [Vertreter der EU und Tunesien](#) in Tunis für die zweite Runde der Verhandlungen um eine vertiefte und umfassende Freihandelszone (DCFTA). Die Verhandler haben sich zudem mit Vertretern der Zivilgesellschaft getroffen, um Chancen und Herausforderungen eines künftigen Abkommens zu besprechen. Bei Verhandlungen bezüglich Bestimmungen über geographische Herkunftsangaben, Wettbewerb, Handel und nachhaltiger Entwicklung konnten Fortschritte verzeichnet werden. Zudem wurde ein neuer Text über Energie und Rohstoffe vonseiten der EU vorgelegt. Die dritte Runde der Verhandlungen wird im Herbst 2018 in Brüssel stattfinden.

Österreich ratifiziert CETA

Der österreichische [Nationalrat](#) hat am Mittwoch 13.06.2018, mehrheitlich CETA ratifiziert. Die Regierungsparteien ÖVP und FPÖ sowie die Neos stimmten für das Handelsabkommen zwischen der Europäischen Union und Kanada, SPÖ und Liste Pilz waren dagegen. Ein SPÖ-Antrag für eine Volksabstimmung zu Ceta fand keine Mehrheit. Für Österreichs endgültige Zustimmung zu CETA fehlt nun noch eine Ratifizierung des Bundesrates. Der Deutsche Bundestag lehnte am 14.06.2018, mit Blick auf das ausstehende Urteil des Bundesverfassungsgerichts, eine beschleunigte CETA-Ratifizierung ab.

EU-Reform der handelspolitischen Schutzinstrumente

Am 08.06.2018 traten die neuen [handelspolitischen Schutzinstrumente](#) der EU in Kraft, die im April 2018 vom Rat der Europäischen Union gebilligt wurden. Diese dienen als Grundlage für Untersuchungen über Marktverzerrungen und unfaire Handelspraktiken. Unter anderem wurde die „Regel des niedrigeren Zolls“ (lesser duty rule) geändert. Eine wesentliche Änderung ist die Verkürzung des Untersuchungszeitraums von neun auf sieben Monaten.

Ratsposition zur Überprüfung von ausländischen Direktinvestitionen

Der Rat der Europäischen Union hat sich am 13.06.2018 auf eine gemeinsame Position zum vorgeschlagenen EU-weiten Rahmen für die Prüfung [von ausländischen Direktinvestitionen](#) geeinigt. Trilogverhandlungen sollen nun rasch beginnen, um noch innerhalb dieser Legislaturperiode des Europaparlaments eine Einigung zu erzielen.

Handelspolitik Norwegens, Guineas und Mauretaniens auf dem Prüfstand

Die [siebte Bewertung der Handelspolitik und Handelspraktiken Norwegens](#) fand am 18. und 20.06.2018 statt. Die [vierte Bewertung der Handelspolitik und Handelspraktiken Guineas](#) fand am 29. und 31.05.2018 statt. Die [dritte Bewertung der Handelspolitik und Handelspraktiken Mauretaniens](#) fand am 29. und 31.05.2018 statt. Grundlage für die Überprüfungen sind Berichte des WTO-Sekretariats und jeweils ein Bericht der betroffenen Regierung. Überprüfungen der Handelspolitik sind ein wichtiger Bestandteil der WTO: Alle Mitgliedstaaten der WTO werden regelmäßig Gegenstand einer solchen Untersuchung.

WTO-Klage der EU gegen China

Am 01.06.2018 hat die Europäische Union [Klage gegen China bei der WTO](#) erhoben. China wird eine Verletzung des Rechts auf geistigen Eigentums europäischer Unternehmen vorgeworfen. Insbesondere bezieht sich die EU auf chinesische Import und Export Regelungen für Technologien (TIER) und Joint Ventures mit ausländischen Beteiligungen (JV regulations). Bislang verlangt die chinesische Rechtsprechung, dass europäischen Unternehmen nach Eintritt in den chinesischen Markt lokalen Unternehmen Eigentums- oder Nutzungsrechte ihrer Technologien überlassen. Infolgedessen können europäische Unternehmen nicht mehr über diese frei auf dem Markt verhandeln. Laut EU wird dadurch der WTO-Grundsatz, dass ausländische Unternehmen mit inländischen Unternehmen gleichgestellt werden müssen, nicht gewährleistet. Insbesondere das TRIPS-Abkommen, das handelsbezogene Aspekte der Rechte des geistigen Eigentums regelt, werde so verletzt. Die USA hat im März 2018 bereits eine ähnliche Klage vorgetragen.

Brexit: UK will Mitglied des WTO-Beschaffungsabkommens werden

Die Europäischen Union gab am 01.06.2018 das Interesse des Vereinigten Königreichs bekannt, nach Austritt aus der Europäischen Union als eigenständiges Mitglied dem WTO [Government Procurement Agreement GPA](#) beizutreten.

Ressourcen

DIHK-Factsheet zum Russlandgeschäft

Der DIHK hat ein [Factsheet](#) rund um das Thema Russlandgeschäft veröffentlicht. Dieses fasst zusammen, was Unternehmen bei Geschäften mit russischen Partnern beachten sollten, wie sich die deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen entwickeln sowie welche Auswirkungen gegenwärtige US-Sanktionen auf die Handelsbeziehungen haben.

EU-Studie zu Nutzungsraten der EU-Freihandelsabkommen

Die EU-Kommission hat eine [Studie](#) veröffentlicht, in der bestehende EU-Freihandelsabkommen evaluiert werden. Im Fokus stehen dabei nach Ländern und Sektoren aufgelistete Präferenznutzungsraten je Handelsabkommen, sowie Zolleinsparungen, die dank der Abkommen bereits realisiert werden konnten.

EU-Studie zur Liberalisierung von Modus 5 Dienstleistungen

In der EU-Parlamentssitzung des Ausschusses für Internationalen Handel vom 21.06.2018 wurde eine [EU-Studie](#), die die Liberalisierung von Modus 5 Dienstleistungen in bilateralen und multilateralen Abkommen thematisiert, vorgestellt. Zu Modus 5 Dienstleistungen zählen Dienstleistungen, die mit Gütern in Verbindung stehen und für diese einen zusätzlichen Wert generieren. Sie fallen besonders im produzierenden und verarbeitenden Gewerbe an und umfassen beispielsweise spezielle Software, Logistik oder Designelemente.

Rat veröffentlicht Verhandlungsmandate für EU-Australien/EU-Neuseeland Abkommen

Der Rat der Europäischen Union publizierte am 25.06.2018 die Verhandlungsmandate für die Verhandlungen mit [Australien](#) und [Neuseeland](#) um ein umfassendes Handelsabkommen. Die erste Verhandlungsrunde zwischen der EU und Australien ist für den 02. - 06.07.2018 in Brüssel angesetzt, Verhandlungen mit Neuseeland sollen vom 16. - 20.07.2018 folgen.

EU-Botschafter reagieren mit offenem Brief an USA

Die 29 Botschafter der Europäischen Union samt Mitgliedsstaaten in den USA haben am 08.06.2018 mit einem [offenen Brief](#) auf Kritik der US-Regierung an der EU reagiert. Sie betonen, dass innerhalb der letzten Jahre beide Seiten von den Handelsbeziehungen profitiert haben. Die USA sei zudem der Partner, der am meisten von Handelsbeziehungen mit der EU profitiere.

Übersicht des EP-Thinktanks: Modernisierung der handelspolitischen Schutzinstrumente

Der EP-Thinktank hat am [23.05.2018 eine Übersicht](#) zur Modernisierung der handelspolitischen Schutzinstrumente veröffentlicht. WTO-Recht erlaubt es, Dumping und Subventionierung von Ausfuhren durch Drittländer mit der Einführung spezifischer Handelsschutzinstrumente zu begegnen.

Bundesregierung: Verhandlungen über Mercosur-Abkommen

Die Bundesregierung [bewertet](#) ein mögliches Freihandelsabkommen zwischen der EU und den Mercosur-Staaten (Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay) als positiv für die deutsche Wirtschaft. Dies erklärte sie in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN am 08.05.2018. Hierbei sollen besonders Abbau von Handelshemmnissen wie Zölle, Regulierungen, Quoten und andere Rechtsvorschriften akzentuiert werden, um einen besseren Marktzugang zu garantieren.

Bundesregierung: Investitionsbedingungen in China verschlechtern sich

Die EU und China verhandeln seit 2013 ein [Investitionsabkommen](#), welches das deutsch-chinesische Investitionsabkommen von 2005 ersetzen soll. Ein Abschluss der Verhandlungen ist allerdings noch nicht absehbar. Dies erklärte die Bundesregierung in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der FDP-Fraktion am 11.05.2018. Die Bundesregierung kritisiert, dass der chinesische Markt ausländischen Investoren nicht gleichermaßen offenstehe, wie der europäische Markt für chinesische Unternehmen und fordert den Abbau von Marktzugangshürden und die Gleichstellung von chinesischen und ausländischen Firmen in China.

RGIT Corner – News aus Washington

Untersuchung der Auswirkungen von Automobilimporten auf die nationale Sicherheit

Am 23.05.2018 leitete US-Wirtschaftsminister Wilbur Ross eine [Untersuchung](#) ein, um die Auswirkungen von Automobilimporten auf die nationale Sicherheit zu ermitteln. Sie wurde gemäß *Section 232* des *Trade Expansion Act* von 1962 eingeleitet. Interessierte Parteien werden gebeten, bis zum 22.06.2018 dem Ministerium Kommentare, Daten oder Analysen, die für die Untersuchung relevant sind, online zu übermitteln. Präsident Trump unterstrich in seiner [Ankündigung](#) die Bedeutung der Automobilindustrie für die wirtschaftliche Stärke der USA. Eine öffentliche Anhörung zu der Untersuchung wird am 19. und 20.06.2018 in Washington DC stattfinden; interessierte Stakeholder können sich unter dem o.g. Link als Experten bewerben. Eine [Studie](#) der Beratungsfirma *Trade Partnership Worldwide* kam zu dem Ergebnis, dass sich ein Zoll von 25% auf Automobilimporte positiv auf hoch qualifizierte Arbeitnehmer in der Automobilbranche auswirke, aber sehr negative Auswirkungen auf Arbeitnehmer in anderen Wirtschaftssektoren habe, so dass die Zölle insgesamt zu einem Verlust von 157.000 US-Arbeitsplätzen führen würden. Weitere negative Effekte seien höhere Kosten und der Rückgang von Produktionskapazitäten.

USA planen Zölle auf 50 Mrd. US\$ chinesischer Produkte

Am 29.06.2018 hat die US-Administration Zölle auf chinesische Warenimporte in die USA angekündigt. Die Zölle von 25% auf Basis des Arguments des Diebstahls geistigen Eigentums sowie erzwungenem Technologietransfer (sog. 301-Untersuchung) sollen für bestimmte Güterkategorien gelten, die für die chinesische „*Made in China 2025*“-Strategie wichtig sind. Nachdem US-Finanzminister Mnuchin in der Woche zuvor gesagt hatte, der Handelsstreit mit China sei vorerst ausgesetzt, [verkündete Präsident Trump](#) am 29.05.2018 eine härtere Linie in Bezug auf China. Dabei kritisierte er unter anderem das US-Warenhandelsdefizit mit China von 375 Milliarden US\$, den ungleichen Durchschnittszollsatz sowie Chinas Stahl- und Aluminiumüberkapazitäten. Die endgültige Liste der betroffenen chinesischen Güter wird nach Abschluss der öffentlichen Konsultation am 15.06.2018 veröffentlicht. Zusätzlich wird am 30.06.2018 eine Liste von erweiterten Investitionsbeschränkungen und Exportkontrollen für chinesische Rechtspersonen veröffentlicht. Auch der von den USA angestoßene WTO-Fall zu den Lizenzvergabepraktiken Chinas wird weiterverfolgt.

Reform der US-Investitionsprüfung schreitet voran

Am 22.05.2018 stimmten das *House Financial Services Committee* und das *Senate Banking Committee* für die jeweiligen Gesetzentwürfe zur Reform des US Investitionsscreenings durch den zuständigen Ausschuss der US-Regierung (CFIUS). Beide Gesetzentwürfe erweitern sowohl die Befugnisse des CFIUS als auch die Anwendung des Screenings auf aufstrebende Technologien, die bisher nicht geprüft wurden. Nicht enthalten sind Vorschriften zur Kontrolle von US-Auslandsinvestitionen, die zu Technologietransfer führen. Diese sollen durch verschärfte Export-Kontrollgesetze geprüft werden. Neu zu prüfende Transaktionen sind z.B. Immobilienkäufe, die aus Gründen der nationalen Sicherheit als sensibel gelten und

auch nicht-beherrschende Minderheitsbeteiligungen an Unternehmen mit kritischen Technologien. Nach dem Gesetzentwurf des Senats würden die erweiterten Screenings nicht für Investoren aus Ländern gelten, die gemeinsame Interessen mit den USA vertreten (*Whitelist-Ansatz*), zudem wären diese von den obligatorischen Anmeldevoraussetzungen ausgeschlossen. Das Repräsentantenhaus möchte nur „besonders besorgniserregende Länder“ der erweiterten Prüfung unterziehen (*Blacklist-Ansatz*). Trotz der [bestehenden Unterschiede](#) in den Entwürfen könnte bereits bis August ein gemeinsamer Text verabschiedet werden.

US- Anti-Dumpingzölle auf Aluminiumbleche aus China

Am 19.06.2018 hat das US-Wirtschaftsministerium vorläufige 167%-ige Anti-Dumpingzölle auf chinesische Aluminiumbleche angekündigt. Die vorangegangene Anti-Dumpinguntersuchung war seit 25 Jahren die erste vom US-Wirtschaftsministerium selbst initiierte Untersuchung, also ohne Antrag aus der Industrie. Die [Administration unterstrich](#), dies sei Teil ihrer Strategie zur härteren Durchsetzung von US-Recht.

Negative Auswirkungen neuer Zölle

Das *Peterson Institute for International Economics* hat eine [Studie](#) veröffentlicht, die zu dem Ergebnis kommt, dass die von der Administration erwägten Zölle auf Automobile knapp 200.000 US-Arbeitsplätze gefährden würden – mit den zu erwartenden Retorsionsmaßnahmen durch Handelspartner sogar mehr als 600.000. Die Weltbank kommt in ihrem Bericht [Global Economic Prospects](#) zu dem Schluss, dass die Gefahr von Protektionismus zunimmt und dass eine Eskalation bei der Einführung neuer Zölle zu einem Rückgang des Handels führen könnte, der dem während der Finanzkrise von 2008/9 entspricht. In den lokalen US-Medien mehren sich Berichte über die negativen Effekte der US-Zölle und drohender Retorsionen auf US-Unternehmen und Konsumenten. Beispiele kommen u.a. aus [Tennessee](#), [Ohio](#), [Lehigh Valley \(PA\)](#), [Adams County \(PA\)](#) und [Wisconsin](#).

Wirtschaftsminister Ross verteidigt Section 232-Untersuchungen im Senat

Am 20.06.2018 verteidigte [US-Wirtschaftsminister Wilbur Ross](#) die jüngsten Untersuchungen der Administration in Bezug auf Stahl, Aluminium, Automobile und Autoteile, die gemäß *Section 232* (nationale Sicherheit) des *Trade Expansion Act of 1962* eingeführt wurden bzw. zu denen konsultiert wird. Sowohl Republikaner als auch Demokraten kritisierten die Verwendung dieses Handelsinstruments scharf. Viele Senatoren gaben konkrete Beispiele von Unternehmen in ihren Bundesstaaten an, die durch Zölle geschädigt würden. Der Vorsitzende des Finanzausschusses im Senat, Orrin Hatch (R-UT), betonte, dass die Zölle den Herstellern, der Wirtschaft, den Verbrauchern sowie den Beziehungen zu engen Partnern schaden. Senator Pat Toomey (R-PA) nannte die Zölle wirtschaftlichen Nationalismus. Er stellte fest, dass in der stahlverarbeitenden Industrie 40-mal mehr Mitarbeiter beschäftigt seien als in der stahlproduzierenden Industrie. Daher wähle die US-Administration die „Gewinner“ und „Verlierer“ aus, was zu einem hohen Arbeitsplatzverlust führen könnte. Während der Anhörung gab Ross bekannt, dass das US-Wirtschaftsministerium diese Woche [die ersten Ausnahmeentscheidungen für Stahl](#) veröffentlichen werde (42 genehmigt, 56 abgelehnt). Senator Ron Wyden (D-OR) äußerte sich über das langsame Verfahren besorgt, insbesondere weil diese 98 Ausschlussanträge nur einen geringen Teil der Gesamtanträge seien. Bisher

hat das US-Wirtschaftsministerium 20.003 Ausschlussanträge für Stahl und 2.503 für Aluminium erhalten. Minister Ross gab keinen Zeitplan für den Abschluss dieses Verfahrens an.

RGIT Blickpunkt Handelsbeziehungen USA-China

Am 21.06.2018 veröffentlichte RGIT ein „Im Blickpunkt“ zum Thema „Die USA und China: Handelspartner oder Handelsgegner?“, den Sie [hier herunterladen](#) können. Die Publikation gibt einen Überblick über die Handelsbeziehungen USA-China sowie die aktuellen Herausforderungen. Der Zollstreit zwischen den USA und China hatte sich Mitte Juni wieder intensiviert. Am 15.06.2018 veröffentlichte der US-Handelsbeauftragte (USTR) die Listen der chinesischen Güter, die die USA auf Basis ihrer Untersuchung zu unfreiwilligem Technologietransfer und dem Diebstahl geistigen Eigentums durch China mit 25% Zöllen belegen wollen. Die [erste Liste](#) umfasst ein Handelsvolumen von 34 Mrd. US\$; die Zölle hierauf werden ab dem 6. Juli fällig. Die [zweite Liste](#) für die verbleibenden 16 Mrd. US\$ an Handelsvolumen wird zur Konsultation ausgeschrieben; auf Basis der Ergebnisse sollen im zweiten Schritt weitere Zölle verhängt werden. China verkündete umgehend Gegenmaßnahmen im gleichen Umfang mit gleicher Terminierung. Daraufhin drohten die USA mit weiteren Zöllen auf Waren im Wert von bis zu 400 Mrd. USD. Da China angesichts der am Freitag verkündeten Zölle sein Verhalten nicht geändert habe, sondern Gegenmaßnahmen ergreife, habe Präsident Trump den USTR angewiesen, eine Liste von chinesischen Importen im Wert von 200 Mrd. USD zu identifizieren, die mit 10% Zoll belegt werden sollen. Lenke China weiterhin nicht ein und führe erneut Gegenmaßnahmen ein, würden die USA Zölle auf weitere 200 Mrd. USD an Importen verhängen, so das [Statement des Weißen Hauses](#).

Spotlight NAFTA

Der Fortgang der NAFTA-Verhandlungen ist unklar. US-Wirtschaftsminister Ross teilte am 31.05.2018 Reportern mit, Kanada und Mexiko seien nicht länger von den US-Zöllen auf Stahl und Aluminium befreit, da die NAFTA-Verhandlungen länger dauerten als erhofft und es kein fixes Enddatum mehr gäbe. Noch am 30.05.2018 hatte der kanadische Premierminister Trudeau gesagt, kein NAFTA sei besser als ein schlechtes NAFTA und man sähe die Androhung von Zöllen vor allem als Verhandlungstaktik. Trudeau gab auch zu Protokoll, er habe Trump persönlich treffen wollen, um sensible NAFTA-Fragen zu lösen, doch die US-Seite habe die Zustimmung zu einer *sunset clause* in NAFTA zur Voraussetzung eines Treffens gemacht, was er abgelehnt habe. Nach dem G-7-Gipfel in Kanada sagte der Direktor des *National Economic Council* im Weißen Haus Larry Kudlow in einem Fernsehinterview, er gehe trotz der Kritik des kanadischen Premiers Trudeau an Präsident Trump nicht davon aus, dass der Präsident aus NAFTA austreten würde, da man sich mitten in Verhandlungen befände. Ob man jedoch eine Einigung erzielen könne, sei unklar. Der amerikanische Gewerkschaftsverband AFL-CIO wandte sich unterdessen per Brief an US-Kongressabgeordnete, um eine Verlängerung der aktuellen *Trade Promotion Authority* (TPA) zu verhindern, die am 01.07.2018 ausläuft. Die bisherigen Verhandlungen würden die Anforderungen, die AFL-CIO an die TPA habe, nicht erfüllen, was insbesondere im Rahmen der NAFTA-Verhandlungen bedeutend sei. Daher müsse die TPA reformiert und nicht einfach verlängert werden.

Asia Corner – News aus Singapur

Japan ratifiziert CPTPP

Im April 2018 hat Mexiko CPTPP erfolgreich ratifiziert. Nun folgt der Ratifizierungsprozess in Japan: Nachdem am 18.05.2018 das japanische Unterhaus CPTPP zustimmte, hat am 13.06.2018 auch eine Mehrheit des japanischen Oberhauses für CPTPP gestimmt. CPTPP tritt 60 Tage nachdem sechs der elf Vertragspartner das Abkommen ratifiziert haben in Kraft.

CPTPP: Neue Mitglieder

Unmittelbar nach der CPTPP-Unterzeichnung hatten bereits Südkorea, Taiwan und Thailand bekannt gegeben, dass sie CPTPP beitreten möchten. Nun wollen sich zwei weitere Staaten CPTPP anschließen: Anfang Juni informierte die kolumbianische Regierung den neuseeländischen Export Minister David Parker über ihre Absicht CPTPP beitreten zu wollen. Auch Indonesien hat vor, Mitglied des Abkommens zu werden. Zurzeit untersucht Indonesien, ob sich ein Beitritt Indonesiens wirtschaftlich lohnen würde.

Israel-Vietnam Freihandelsabkommen

Seit 02.12.2015 verhandeln Israel und Vietnam gemeinsam ein Freihandelsabkommen. Am 18.06.2018 haben die Verhandlungspartner die fünfte Verhandlungsrunde erfolgreich abgeschlossen. Eine weitere Verhandlungsrunde soll noch in diesem Jahr stattfinden.

Singapur und Kenia unterzeichnen Abkommen

Am 12.06.2018 [haben Singapur und Kenia](#) ein bilaterales Investitionsabkommen und ein Abkommen zur Vermeidung doppelter Besteuerung abgeschlossen. Die Verträge wurden von Singapurs Minister für Handel und Industrie Koh Poh Koon und Kenias Finanzsekretär Henry Rotich unterschrieben und sollen künftig für stärkere wirtschaftliche Zusammenarbeit und höhere Investitionen sorgen.

Dies könnte Sie auch interessieren:

Brexit Newsletter

<https://www.dihk.de/themenfelder/international/europaeischeunion/brexit/newsletter>

NewsInternational

<https://www.dihk.de/themenfelder/international/info/news-international>